

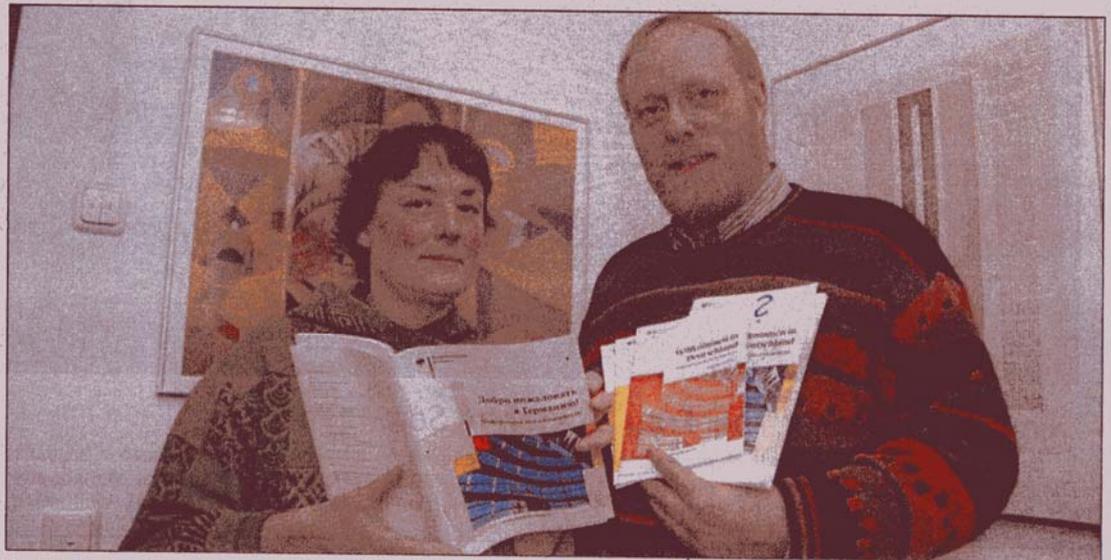
„Die Amtssprache ist deutsch“

Trotz mahrender Worte im Vorfeld durchläuft irakische Flüchtlingsfamilie in Goslar eine Behörden-Odyssee

Von Heinz-Georg Breuer

GOSLAR. Am Anfang stand ihr Rauswurf aus dem Rathaus. Doch nur wenige wissen, was die Landessynodale Uta Liebau Anfang 2009 bei Oberbürgermeister Henning Binnewies wollte: die Aufnahme irakischer Flüchtlinge vorbereiten. Der OB lehnte ab, heute sieht sich Liebau angesichts einer wahren Behörden-Odyssee in ihren damaligen Sorgen bestätigt.

2008 hatte die Bundesregierung dem Drängen der deutschen Bischöfe, vor allem des braunschweigischen Landesbischofs Prof. Dr. Friedrich Weber, nachgegeben, 2500 irakische Flüchtlinge aufzunehmen. Diese „Kontingentflüchtlinge“ erhalten eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis und dürfen hier arbeiten. Später schreibt Oberlandeskirchenrat Peter Kollmar an die Bürgermeister und Landräte der Region, sagt Hilfe bei der Integration zu und bittet die Behörden, die Pfarrämter über die Ankunft von Irakern zu informieren. Was nicht passiert. In Goslar haben Liebau und Propst Helmut Liersch



In Flüchtlingsfragen engagiert: Die Goslarerin Uta Liebau und ihr Mann Dr. Till Liebau.

Foto: Schenk

Ende Januar 2009 einen Termin beim OB. Der begrüßt das Engagement der Kirche, lehnt aber vorbereitende Maßnahmen ab. Später kommt es zu Liebbaus Rausschmiss durch Binnewies, auf den die Politik mit dem „Knigge-Gipfel“ reagiert.

Liebau, auch Vorstand im Verein „Leben in der Fremde“, erfährt im Februar 2010 vom Leiter der inzwischen komplett beim Landkreis Goslar betriebenen Ausländerbehörde, dass im Mai die ersten Iraker nach einem dreimonatigen Aufenthalt im Durchgangslager Friedland nach Goslar kommen.

Was dann folgt, hat die Goslarerin in einem 32-seitigen Protokoll „Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Goslar“ festgehalten. Die in einer Auflage von 250 Stück erstellte Broschüre ist noch im Goslarer „Bücher Bär“ auf der Schilderstraße gegen eine Schutzgebühr/Spende sowie bei Liebau selbst als PDF-Datei (Telefon 053 21/4 37 69 oder per E-Mail till.liebau@t-online.de) erhältlich.

Im Vorwort schreibt die Goslarer Rechtsanwältin Kerstin Fürst: „Ohne das ehrenamtliche Engagement von Frau Liebau hätten keine Wohnung angemietet, kein Kühlschrank gekauft, keine Behördengänge organisiert werden können. Die Behörden haben es sich leicht gemacht. Die zuständigen Mitarbeiter haben sich weggeduckt, wohl auch in der Hoffnung, Frau Liebau werde es schon richten.“

Einen unruhlichen Höhepunkt behördlicher Gleichgültigkeit erlebt die in Flüchtlingsfragen engagierte Advokatin selbst, als sie bei einem Schriftwechsel mit der Arbeitsagentur darauf hinweist, dass ihr Mandant aus dem Irak mangels Sprachkenntnissen die Behördenschriften nicht versteht und weder sie noch Liebau für ehrenamtliche Überset-

zung zur Verfügung stünden. Künftige Schreiben müssten in arabischer Sprache verfasst oder auf Kosten der Behörde übersetzt werden. Ungerührt verweist die Arge in der Antwort auf den entsprechenden Paragraphen im Sozialgesetzbuch: „Die Amtssprache ist deutsch.“

Mittlerweile hat Liebbaus Protokoll Reaktionen ausgelöst. Andreas Lindner vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg erklärte: „Auch bei der Aufnahme dieser 2500 Iraker zeigt sich eine Breitseite an Mängeln seitens der Aufnahmegesellschaft, und das bei einer Sache, die ansonsten alleits hochgelobt wird.“ Gestern zog der Niedersächsische Flüchtlingsrat nach (siehe links). Und am 19. September haben Uta Liebau wie auch die irakischen Flüchtlinge selbst im NDR in einem Rundfunkinterview Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Die genaue Sendezeit steht noch nicht fest.

„Keine Behörden-Hilfe bei elementaren Erstsritten“

Auch Niedersächsischer Flüchtlingsrat übt Kritik

GOSLAR. Flüchtlingsinitiativen werfen den niedersächsischen Behörden schwere Versäumnisse und mangelnde Zusammenarbeit bei der Aufnahme irakischer Flüchtlinge vor. Hilfe bei elementaren ersten Schritten wie der Anmietung einer Wohnung oder der Anmeldung der Kinder in der Schule sei nicht vorgesehen gewesen, sagte gestern Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat in Hildesheim.

Repräsentativ für die Situation vor Ort ist nach Angaben des Flüchtlingsrates ein Protokoll, das die ersten vier Wochen einer irakischen Familie in Goslar schildert, die von der ehrenamtlichen Betreuerin Uta Liebau unterstützt wurde. In einer Anmerkung heißt es: „Da die irakische Familie am 18. Mai 2010 immer noch kein Geld für den Lebensunterhalt im

Monat Mai erhalten hat, gibt Frau Liebau dem Familienvater 200 Euro. Damit die Familie nicht wie andere Flüchtlinge vor ihr ohne Matratzen auf dem blanken Fußboden schlafen muss, bringt Frau Liebau aus ihrer Wohnung vier Matratzen, vier Zudecken und Kopfkissen, vier mal Bettwäsche, Handtücher, Besteck, Geschirr in die neue Wohnung.“

Jedes Zusammentreffen mit den Irakern sei mit einem neuen Behördenbrief oder anderen Problemen verbunden gewesen, welche die Flüchtlinge nicht verstehen und deshalb nicht lösen konnten, schreibt Liebau. Für künftige Fälle fordert sie vorbereitende Gespräche zwischen den Verantwortlichen in Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und Kommunen. Integration von Flüchtlingen sei nur gemeinsam leistbar. epd

Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Goslar Der holprige Start eines klugen Programms

Ein Protokoll über die ersten 4 Wochen des Neuanfangs einer irakischen Familie in Goslar



Das „Protokoll der Gleichgültigkeit“ von Uta Liebau. Foto: Kusian-Müller